

mitte liberal

FDP

Die Liberalen

Magazin der Freien Demokraten | Berlin Mitte | No 5 | November 2013 | kostenlose Leseprobe

Ein Berliner Kandidat

Götz Galuba über seine Ziele und Beweggründe

Vertrauensentzug

Warum die FDP nicht wählbar war

Hände weg!

Alexandra Thein über die EU-Politik

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahlen im September haben Geschichte geschrieben: zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird keine liberale Partei mehr im Bundestag sitzen. Das ist dramatisch, nicht nur weil die Liberalen immer wieder politische Ideen und Problemlösungen geliefert haben, die auch die anderen Parteien befruchtet und zu einer freiheitlichen Demokratie in Deutschland entscheidend beigetragen haben, sondern auch, weil damit dem Wählerwillen nur partiell entsprochen wurde: 15,7 Prozent wählten eine Partei, die nun nicht im Bundestag vertreten ist; darunter die FDP mit 4,8% und die Alternative für Deutschland AfD mit 4,7% – alle weiteren Parteien blieben unter drei Prozent.

Sicher ist: erst einmal ist die Ursache, die zu diesem historischen Desaster führte, gründlich aufzuarbeiten und es sind die Konsequenzen zu ziehen. Der Vorsitzende hat durch seinen Rücktritt

bereits deutlich gemacht, dass er bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen. Aber er ist es nicht alleine, der die Partei nach einem historischen Hoch in ein historisches Tief gefahren hat. Teilweise mag es auch der politischen Gemengelage geschuldet sein, dass die Gründung einer neuen Partei, deren Programmatik durchaus als illiberal bezeichnet werden kann, mit dazu beitrug, dass es neben zwei kleinen einen großen Verlierer gibt: nämlich die Wähler, die sich ein alternatives liberales Korrektiv gewünscht hätten. Nicht umsonst hat der Verein Mehr Demokratie e.V. einen Aufruf an die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages gestartet mit dem Motto: „6,8 Millionen Stimmen für den Papierkorb? Das ist zu viel!“ (siehe <https://www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-aufruf.html>). Auch wenn die Probleme der FDP durch eine Änderung des Wahlrechts nicht gelöst werden: Die Geschichte der liberalen Parteien in



Deutschland ist seit Bestehen des Parteiensystems von einem Auf und Ab und von lebhaften Debatten begleitet, die am Ende zum Entstehen unserer freiheitlichen Demokratie grundlegend beigetragen haben. In diesem Sinne: Jetzt erst Recht!

Auf eine lebhafte Debattenkultur freut sich

Dr. Nikoline Hansen

Auf an neue Ufer – oder?

Von Dr. Kurt M. Lehner



2009 ist die FDP vor allem mit einem Ziel angetreten: Steuerreform - einfach, niedrig, gerecht. Doch die FDP stand nicht für ihr zentrales Wahlversprechen ein. Die von ihr benannten Minister waren unwillig oder -fähig, das in die Tat umzusetzen. Das Abarbeiten von Nebenthemen, ohne jemals das Versagen beim zentralen Versprechen einzugehen oder es zu erläutern, konnte daran nichts ändern:

Weder die Abschaffung der Wehrpflicht – von CSU-Minister Guttenberg durchgesetzt –, noch die Aufkündigung des rot-grünen Atomausstiegs und seine kurz darauf in

Stattdessen wurden die Bürgerrechte als Thema hochgefahren - und in ihrer Ambivalenz verkannt. Was bedroht die Freiheit mehr: Die Angst vor U-Bahn-Schlägern oder die Überwachungskamera? Daß die FDP in den Kameras eine größere Gefahr für die Freiheit des unbescholtenen Bürgers sah, als die Gewalt, die die unbefangene Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel einschränkt, gehört zu den vielen Realitätsverweigerungen der FDP der vergangenen Jahre. Ähnlich im Bereich der Digitalen Medien: Das Internet wurde von einige eher als anarchischer Freiraum denn als rechtlich geordneter Freiheitsraum aufgefaßt. Dass dabei etwa die Eigentumsrechte von kreativen Leistungsträgern auf der Strecke bleiben, interessierte nicht: Hauptsache, Netz-Nutzer bleiben anonym und können nicht zurückverfolgt werden! Das Überwachungstabu höher zu stellen als das Eigentumsrecht: ist das für Liberale akzeptabel?

„ Ist der Staat heute wirklich primär eine Bedrohung der bürgerlichen Freiheit? „

Panik erfolgte Re-Implementierung und Verschärfung, weder die Blockade bei der Vorratsdatenspeicherung noch die Durchsetzung der Bundespräsidentschaft von Joachim Gauck hat die Menschen vom Wert der FDP überzeugt.

Als mit der Euro-Finanzkrise ein ur-liberales Thema auftauchte, tauchte die FDP-Spitze, besonders Außen- und Wirtschaftsminister, ab. Der Zusammenhang von Risiko und Verantwortung, von Schuldenmachen und Haftung, von Kredit und Sicherheit ist für jeden Liberalen ein Kernanliegen. In der FDP-Ministerriege aber galt „Europa“ für wichtiger als liberale Grundsätze – wobei stillschweigend Korruption, Überschuldung und Vertragsbruch mit „Europa“ gleichgesetzt wurden.

Überhaupt die Einstellung zum Staat: ist er heute wirklich primär eine Bedrohung der bürgerlichen Freiheit? Sollte er nicht vor allem dazu dienen, Freiheitsrechte zu schützen? Global tätige Großkonzerne, internationale und kaum kontrollierte Institutionen, ja selbst kriminelle Organisationen werden von vielen in der FDP weniger als Freiheitsbedrohung wahrgenommen als der Staat. Ist das noch aktuell? Die meisten der FDP-Wähler von 2009 konnten diesem Ansatz 2013 nicht folgen. Wenn eine liberale Partei auf der politischen Bühne Deutschlands Platz haben will, muß sie den Diskurs ermöglichen, wo Freiheit der Menschen wirklich bedroht und wie dem abzuhelfen ist. Keinesfalls darf unter Liberalen der verächtlich gemacht werden, der etwa nicht derselben Meinung ist, also z.B. für Videoüberwachung, für Rauchverbot oder für Tempolimit, nur um ein paar neuralgische Punkte zu nennen, bei denen das Verbot keineswegs so trivial einen Freiheitsverlust bedeutet, wie traditionelle „Gesinnungliberale“ weismachen wollen. Sind wir dazu bereit?

Herausgeber, V.i.S.d.P
Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
c/o FDP Berlin
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin
maren.jasper@fdp-mitte.de

Chefredakteurin
Dr. Nikoline Hansen (nh)
redaktion@fdp-mitte.de

Stellvertretender Chefredakteur
Ralf Breitgoff (rb)

Redakteure
Silke Adam (sia), Claudia Bandow (cb), Anno Blissenbach (ab), Katja v. Maur-Reinhold (kvm)

Art Director
Joachim Herrler
joachim.herrler@fdp-mitte.de
Titel: © sborisov - Fotolia.com

Das Redaktionsteam ist zu erreichen unter
redaktion@fdp-mitte.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

FDP Berlin-Mitte im Internet
www.fdp-mitte.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung
FDP Mitte, Konto 653 386 104
Postbank Berlin, BLZ 100 100 10



„Expertise der Mitglieder stärker nutzen“

Interview mit Götz Galuba von Ralf Breitgoff

Der Berliner Götz Galuba will auf dem außerordentlichen Bundesparteitag gegen Christian Lindner als Bundesvorsitzender kandidieren. „Ich habe mir in den letzten Jahren viel zu oft gesagt: ‚Da müsste doch endlich mal irgendjemand...‘, bekennt der 36-Jährige im Interview mit Mitte Liberal. Ralf Breitgoff sprach mit dem Diplomphysiker über seine Ziele und Beweggründe.

Mitte Liberal: Wie kommt man auf das vermeintlich dünne Brett, sich quasi aus dem nichts heraus für den Bundesvorsitz der FDP zu bewerben? Einer Partei, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wesentlich geprägt hat...

Galuba: Ich denke, wir sind eine Partei, die stets auf Wettbewerb setzt, dies aber in den vergangenen Jahren

nicht immer in der eigenen Programmatik- und Personalaufstellung tat. Wir sollten viel öfter einen produktiven Wettstreit von und um Kandidaten und Ideen suchen. Unsere Partei hat die Geschicke der Bundesrepublik genau deshalb so oft und so lange gelenkt, weil sie durch Dialog, Wettstreit und Diskurs hart um Antworten gerungen hat. Meiner Meinung nach

gab es in den letzten Jahren zu wenig davon. Ich möchte an einer Kultur mitwirken, in der Kandidaturen mit vielen Bewerbern der Regelfall und nicht Merkwürdigkeit sind.

Mitte Liberal: So eine Entscheidung trifft man gewöhnlich nicht einfach so aus dem Bauch heraus. Wie lange haben Sie mit sich gerungen?

Galuba: Diese konkrete Entscheidung ist zwar innerhalb eines einzigen Tages gefallen. Zuvor war ich aber schon seit längerem unzufrieden mit den Strukturen der Partei, die uns inhaltlich und personell unnötig verengt haben. Ich habe vor einigen Tagen eine Mail von 2008 an Parteifreunde wiedergefunden, in der meine Ansätze schon auftauchen. Ich habe mir in den letzten Jahren viel zu oft gesagt: „Da müsste doch endlich mal irgendjemand...“

Mitte Liberal: Christian Lindner scheint ein übermächtiger Gegner zu sein. Rechnen Sie sich überhaupt Chancen aus oder müssen sie nicht eher darum kämpfen, ernst genommen zu werden?

Galuba: Ich möchte die Prämisse der Frage bestreiten: Politischer Wettbewerb ist für mich nicht Kampf und deshalb trifft es auch nicht zu, dass Christian Lindner mir gegenüber eine

können. Gerade deshalb müssen wir jetzt mehr Expertise von den einzelnen Mitgliedern nutzbar machen. Das gelingt aber nur, wenn die Mitglieder auch solche Verfahren und ein Parteiklima vorfinden, in denen Mitarbeit effizient ist. Wenn eine Beteiligung z.B. bei einer NGO mehr Gestaltungsspielraum bietet, warum sollten Menschen ihre Begabung in einer (vermeintlich) starren Partei einbringen? Auch wir befinden uns in einem Wettbewerb um ehrenamtliches Engagement und gute Köpfe. Maßnahmen, die z.B. den Basisantrag konsequent weiterentwickeln, wären da ein riesiger Schritt.

Die Methoden müssen dabei allen Parteimitgliedern offen stehen. Das bedeutet mehrstufige Verfahren, die erst einmal analog gedacht werden. Sie können dann ggf. für die Parteifreunde und Parteifreundinnen, die dies wünschen, zusätzlich auch digital angeboten werden.

Mitte Liberal: Was wäre Ihre erste Entscheidung als neuer Bundesvorsitzender?

Galuba: Auf der ersten Vorstandssitzung würde ich im Dialog mit „meinem“ Vorstand klare und verbindliche Aufgabenverteilungen und Verantwortlichkeiten festlegen. Diese würde ich noch am selben Tag für die Partei veröffentlichen. Der Bundesvorstand muss (noch) stärker zu einem operativen Gremium werden, das den Wegfall der hauptamtlichen Strukturen kompensiert.

Eine meiner letzten Aufgaben (jeder Amtszeit) wäre dann folglich, Tätigkeitsberichte von den Vorstandsmitgliedern zur parteiweiten Veröffentlichung zu verlangen.

„Schwerpunkt meiner Kandidatur ist die Erneuerung der Parteistruktur.“

„Übermacht“ hat. Er hat sich in seiner politischen Karriere mehr Gehör in Medien und Partei verschafft und das ist auch richtig so. Ob er oder ich oder der dritte Kandidat, Herr Behlen, ernst genommen werden, wird aus meiner Sicht aber maßgeblich von unseren Inhalten abhängen.

Mitte Liberal: Mit welchen Themen wollen Sie die Delegierten auf dem Bundesparteitag überzeugen?

Galuba: Schwerpunkt meiner Kandidatur ist die Erneuerung der Parteistruktur. Wir haben keine Bundestagsfraktion mehr und auch das Thomas-Dehler-Haus wird leider in Zukunft weniger Arbeit schultern

Mitte Liberal: Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff, Guido Westerwelle haben die FDP in ihrer Zeit als Vorsitzende maßgeblich geprägt. Welche dieser Persönlichkeiten kommt Ihnen am nächsten?

Galuba: Ich glaube nicht, dass es mir zusteht, zu sagen: „Ich bin wie einer der vorherigen Vorsitzenden.“ Dazu sind die Lebenswege und politischen Rahmenbedingungen einfach zu unterschiedlich. Ich bin allerdings Augenzeuge jeweils einer Anekdote mit Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher, die in mir einen tiefen Respekt vor Fähigkeiten und Charakter beider erzeugten.

zur Person...

Götz Galuba

- Geboren am 4. Oktober 1977
- Abitur 1997
- Wehrdienst in der Bundesmarine bis 1998
- Diplom in Physik 2008
- Seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin
- Heirat am 2. Oktober 2013

Ausgewählte liberale Ämter:
2004–2005 Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin

2005–2007 Vorsitzender des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen

2008–2011 Schatzmeister der FDP Hermsdorf-Tegel

2011–2013 Ombudsmitglied der Jungen Liberalen Berlin

Ihr habt nicht geliefert

Interview mit Angela Peltner von Sike Adam

Angela Peltner, 31, Künstlerin aus Berlin-Mitte, findet die Idee vom kleinen, starken Staat und möglichst viel persönlicher Freiheit in der Lebensplanung eigentlich gut. Aber die FDP hat sie nicht gewählt. „Mitte Liberal“ fragt sie, warum nicht.

Mitte Liberal: Angela, individuelle Freiheit ist Dir sehr wichtig. Warum hast Du dann Probleme mit der FDP?

Angela: Ein Grund dafür, war wahrscheinlich meine Sozialisation. Das prägt. Außerdem stand die FDP für mich immer für die Reichen und Schönen. Sie hatte dadurch immer etwas Unsoziales. Ich denke, dass eine fehlende charismatische Leitfigur das Übrige getan hat.

Mitte Liberal: Warum nicht?

Angela: Ich vertraue ihnen nicht. In der letzten Wahlperiode erschien die FDP mir so unbeholfen, nicht präsent.

Mitte Liberal: Obwohl die FDP den Wehrdienst und die Praxisgebühr abgeschafft hat?

Angela: Okay, das hat mich nicht wirklich betroffen als Frau – ich war auch über ein Jahr nicht beim Arzt (grinst).

Mitte Liberal: Findest Du denn Deine Interessen bei anderen Parteien vertreten?

Angela: Naja, zum ersten Mal in meinem Leben hatte ich richtige Probleme mich für eine Partei zu entscheiden, mich irgendwo wiederzufinden.

Mitte Liberal: Als Selbständige?

Angela: Tja, das wäre dann eigentlich die FDP gewesen.... Aber ihr habt nicht geliefert! Vor vier Jahren haben ca. 90 Prozent meiner selbständigen Freunde, vor allem aus der Filmbranche, die FDP gewählt. Bei dieser Wahl wüsste ich niemanden.

Mitte Liberal: Meinst Du ein anderer Parteivorsitzender könnte der FDP helfen, wieder auf die Beine zu kommen?

Angela: Ja, aber nur, wenn er sich nicht auf das Thema Wirtschaft fixiert. Die Konzentration auf dieses eine Thema ist zu kalt, zu unsozial. Auch deswegen sind Rösler und Westerwelle keine Sympathieträger für mich. Rösler

ist vielleicht nicht verkehrt, aber der ist mir zu verkrampt. Die Außenwirkung muss einfach auch stimmen. Rainer Brüderle dagegen mag ich, der ist authentisch und wirkt entspannt.

Mitte Liberal: Welche Themen sollte die FDP denn sichtbar besetzen?

Angela: Individuelle Kinderförderung zum Beispiel. Die individuelle Förderung der Talente mit einer entsprechenden Vielfalt an Schulformen, von der ersten Klasse der Grundschule an am besten. Die Rentenproblematik kommt bei Euch auch nicht so richtig vor. Da müsste man mal eine richtige Reform starten. Als Selbständige würde ich gerne in die Rentenversicherung einzahlen, wenn es auch alle Beamte müssten. Das fände ich fair für alle.

Mitte Liberal: Okay, das beste zum Schluss: Die FDP und die Frauen...

Angela: Oh ja, ein Lieblingsthema! Warum habt Ihr nichts gegen diese ungerechte Differenz bei der Entlohnung von Frauen und Männern getan? Wir haben das Jahr 2013 – das geht doch gar nicht!

Mitte Liberal: ...aber warum haben dann so viele Frauen Angela Merkel gewählt? Die hat doch auch nichts dagegen getan.

Angela: Ich könnte mir vorstellen, dass der FDP eine weibliche Identifikationsfigur fehlt, eine sichtbare, in der ersten Reihe jedenfalls. Insgesamt habt Ihr viel zu wenige Frauen. Dabei ist es für Frauen heutzutage ein enormer Druck, richtig zu wählen. Die sind doch in allen Lebensbereichen von Politik betroffen, ob es die höheren Krankenkassenbeiträge sind, die fehlende Kinderbetreuung, keine guten Schulen in der Nähe, die wenigen Teilzeitjobs bzw. unflexible Arbeitszeiten, die drohende Altersarmut wegen fehlender Rentenbeitragszeiten etc. Vielleicht haben die Wählerinnen von Angela Merkel gehofft, dass die sich besser mit ihren Problemen und Sorgen auskennt. Männer wählen doch deswegen auch eher Männer, oder?



Angela Peltner, 31, Sängerin der Band „3Viertel“ – fotografiert von Neosanchez



FDP verwirklicht „Projekt 18“ bei Berliner Wirtschaft

Von Anno Blissenbach

Beste Werte für die Liberalen bei Abstimmung von IHK und VBKI

Bei der Wirtschaft genießt die FDP nach wie vor hohe Zustimmungswerte. So ist es Balsam auf der durch das Bundestagswahlergebnis schwer geschundenen liberalen Seele, dass die FDP knapp zwei Wochen vor

der Bundestagswahl bei der Berliner Wirtschaft ein Ergebnis von überzeugenden 18 Prozent erreicht hat. Damit setzte die FDP das Wahlziel des seinerzeitigen „Projekt 18“ exakt um, jedenfalls bei Handel, Industrie und Mittelstand.

In der traditionellen Veranstaltung, welche die Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK) und der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) regelmäßig vor Bundestagswahlen gemeinsam durchführen, waren die Berliner Spitzenkandidaten

der im Bundestag vertretenen Parteien ins Ludwig Erhard Haus geladen: Monika Grütters (CDU), Gregor Gysi (Die Linke), Eva Högl (SPD), Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Martin Lindner (FDP).

Mehr als 350 Gäste konnte IHK-Präsident, Dr. Eric Schweitzer, auch im Namen des VBKI-Präsidenten, Markus Voigt, begrüßen. Unter fachkundiger Leitung der beiden Moderatoren, Jan Eder (IHK-Hauptgeschäftsführer) und Udo Marin, (VBKI-Hauptgeschäftsführer), wurden Felder wie Steuer- und Haushaltspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik sowie Bildungs- und Forschungspolitik ebenso diskutiert, wie die für die bevorstehende EU-Wahl so wichtige Europapolitik. Dr. Martin Lindner meisterte seine Aufgabe mit der ihm eigenen Souveränität. Auch von Kabinetttückchen des Linken-„Spitzenkabarettisten“, Gregor Gysi, ließ Dr. Lindner sich nicht davon abhalten, den Blick nach vorne

zu richten, so z.B. auf die konkreten Folgen von drohenden rot-rot-grünen Steuererhöhungsorgien.

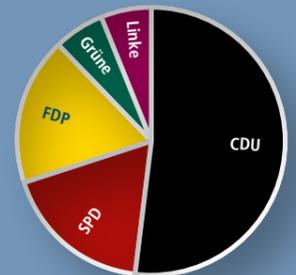
Und so ist ein gutes Abschneiden der FDP bei der Wahl seitens des Plenums gleichermaßen Kür, wie Pflicht.

CDU 52 %, FDP 18 %, SPD 18%, Bündnis 90/Die Grünen 6 %, Die Linke 6%

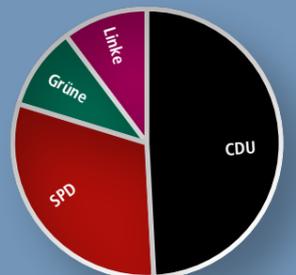
Dass die amtierende schwarz-gelbe Koalition mit 70 Prozent somit voll von der Berliner Wirtschaft bestätigt wurde, wundert nicht. Doch löst es ein Stirnrunzeln aus, dass es der SPD gelungen ist, mit der FDP gleichzuziehen: dies zeigt, dass von den Liberalen noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten sein wird.

Doch zunächst gilt es, die Sympathien, welche die Liberalen bei Mittelstand, Handel und Industrie genießen, 2014 in ein gutes Ergebnis bei der Europa-Wahl umzusetzen sowie 2016 bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Wahlergebnisse 2013
Unternehmer-Abstimmung im
LEH vom 9. September 2014



Vorläufig amtliches Endergebnis
der Bundestagswahl 2013



Quelle: IHK Berlin

Positionen statt Pöstchen

Von Clemens Schneider - aus dem Freigeisterblog

Eine scharfe Trennlinie verläuft mitten durch die FDP. Das katastrophale Ergebnis der Bundestagswahl und die gleich danach einsetzenden Debatten über die Zukunft haben das in aller Schärfe noch einmal gezeigt. Zwei Lager stehen sich in der Partei gegenüber – und es ist fraglich, ob sie im Laufe der nächsten Jahre wieder zueinander finden werden.

Die Rede ist nicht von den Sozialliberalen, gern auch als Bürgerrechtsliberale gelabelt, und von den sogenannten Wirtschaftsliberalen. Diese Unterscheidung rührt mehr daher, dass man mit ihrer Hilfe persönliche Animositäten unterstreichen und sich von unsympathischen Parteifreunden abgrenzen kann. Denn weder wollen die einen den Sozialismus errichten, noch die anderen massenweise Menschen auf der Straße verhungern lassen. Beide haben ein gemeinsames Welt- und Menschenbild. Und beide sind der Überzeugung, dass die Freiheit der höchste Wert ist. Das unterscheidet sie von den Konservativen und Sozialisten, die im Habitus der Bevormundung zu wissen glauben, was gut für andere ist. Diese wollen Unfreiheit, weil sie – vielleicht aus hehrer Motivation – den Menschen etwas Gutes tun wollen. Liberale glauben, dass der Mensch selbst entscheiden kann, wie er sein Leben führt und was gut für ihn ist. Sie glauben, dass der Mensch fähig ist, Prioritäten zu setzen, Verantwortung zu übernehmen. Und dass der Staat nichts verloren hat im Privatbereich jedes Einzelnen.

Der tiefe Graben verläuft woanders. Über Jahrzehnte hinweg war die FDP – vor allem im Bund – eine Regierungspartei. Dabei hat sich ein unangenehmes Phänomen etabliert: Die Regie-

rungsbeteiligung wurde zum Hauptziel. Inhalte wurden demgegenüber hintangestellt. In den letzten vier Jahren war das besonders offensichtlich. Aber bereits in den Jahrzehnten davor war es das Hauptziel vieler FDP-Politiker, ein Pöstchen zu bekommen. Dafür wurden dann schon auch gern mal im vorausliegenden Gehorsam Positionen geräumt, ehe sie überhaupt zur Verhandlung standen. Die Grünen quälten sich 1999 noch durch viele Debatten und Sonderparteitage, um ihre Haltung zum Kosovo-Einsatz zu klären. Die beiden Hauptprojekte der vergangenen Legislaturperiode – das EEG und die Euro-Rettung – hätten bei Liberalen ähnliche Reflexe auslösen müssen wie der NATO-Einsatz im Kosovo bei Grünen. Sie waren ordnungspolitisch Murks erster Klasse und werden die Bürger viele hunderte, wenn nicht gar tausende Milliarden Euro kosten. Von den demokratietheoretischen Problemen der Rettungsinstrumente ganz zu schweigen. Hätten nicht einige „Rebellen“ einen Mitgliederentscheid zur Euro-Rettung angezettelt, wäre selbst dieses Thema sang- und klanglos abgehandelt worden. Hauptsache, man bleibt in der Regierung. Hauptsache, die Minister und ihre Entourage behalten ihre Pöstchen. Auch die skandalöse (Nicht-)Behandlung der NSA-Affäre durch die Bundesregierung war kaum einem FDP-Politiker die Erwähnung wert. Konfliktvermeidung um

jeden Preis ist die Maxime, die sich die Partei in Jahrzehnten der Regierungsbeteiligung zugelegt hat.

Der tiefe Graben verläuft zwischen denen, die persönliche Karriereinteressen verfolgen, und denen, die Prinzipien haben, die sie durchsetzen wollen. Der Graben verläuft zwischen denen, die gerne die Illusion aufrecht erhalten wollen, man könne etwas gestalten – und denen, die wissen, dass nicht Personen oder Pöstchen entscheidend sind für einen Politikwechsel, sondern Ideen.

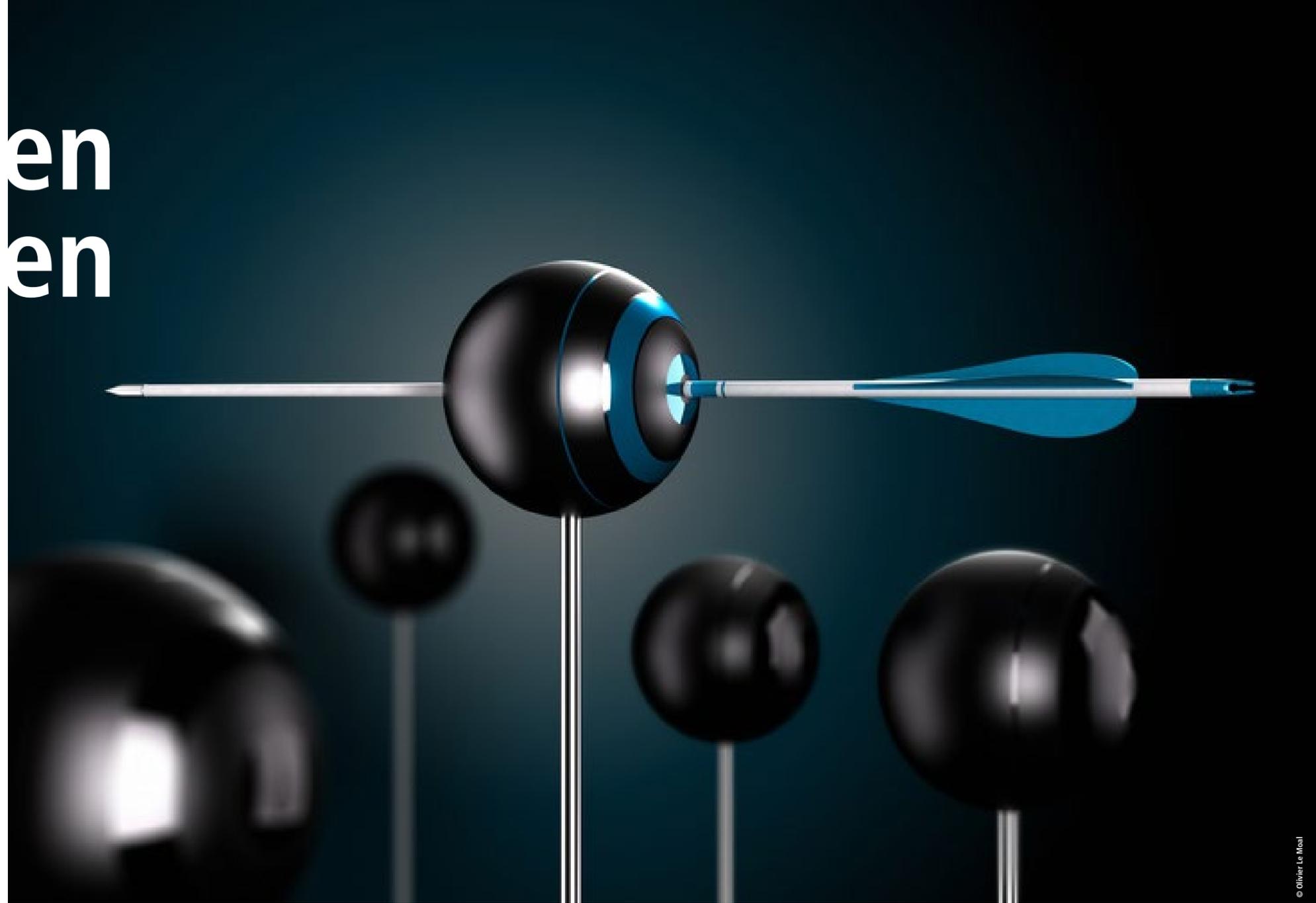
Dass die FDP zunächst einmal ausfällt als Karriereoption, kann eine Chance für die Partei sein. Jetzt hat sie die Möglichkeit, wieder zu inhaltlicher Klarheit zurück zu finden. Dabei sollten sich diejenigen, die aus Überzeugung Politik machen, nicht bekämpfen, sondern verbünden. Beide – Sozial- und Wirtschaftsliberale – müssen begreifen, wer ihnen am meisten im Weg steht: die Pöstchenheischer, die Karrieristen, diejenigen, die sich eine Überzeugung nur zulegen, um beim Wähler Anklang zu finden – und sie deshalb wechseln wie die Unterhose.

Die FDP kann wieder zu einer gesellschaftlich einflussreichen Kraft heranwachsen, wenn sie sich auf Ideen konzentriert. Das Welt- und Menschenbild des Liberalismus ist ein ungeheuer attraktives Bild. Man darf es nur nicht verwässern, sondern muss es – in allen Bereichen – konsequent vertreten. Das braucht natürlich langen Atem. Und das braucht Rebellengeist. Aber nur indem man auf Positionen setzt statt auf Pöstchen, kann man dauerhaft Veränderungen durchführen. Das kann man nicht zuletzt am Erfolg der 68er sehen, die erst 30 Jahre nach

ihrer Revolution an die Macht gekommen sind. Bis dahin aber war es ihnen gelungen, die Gesellschaft nachhaltig zu verändern – im Positiven wie im Negativen.

Stehen wir zusammen, um die Freiheit voranzubringen – und machen wir uns frei von denen, die unsere Überzeugungen nur dann teilen, wenn und solange wie es ihnen nutzt. Die Idee der Freiheit hat Besseres verdient.

Reaktionen und mehr unter <http://freigeisterblog.de/2013/10/01/positionen-statt-postchen/>



Hände weg von den regionalen Märkten –

(ml) Der deutsche Festzins muss stehen - Europaabgeordnete Thein sieht keinen zusätzlichen Bedarf an Bürokratie bei Krediten für Wohnimmobilien

Die Europaabgeordnete Alexandra Thein hat als Bericht-erstatte-rin des zuständigen Rechtsausschusses erhebliche Zweifel geäußert, ob Vorschläge der Kommission zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Wohnimmobilienkredite ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Finanzkrise sein können. „Der Markt für Kredite zum Kauf von Wohnimmobilien ist in ganz Europa stark regional geprägt“, erklärte Thein heute in Straßburg. „Gerade wer zum ersten Mal ein Eigenheim erwerben möchte, will vor Ort beraten werden.“ Die rechtspolitische Sprecherin der FDP und Notarin warnte zugleich eindringlich vor einem Aufweichen der Sicherheit, die die Wahlfreiheit bei der Finanzierung mit Festzins besonders schutzwürdigen Käufern wie zum Beispiel jungen Familien in Deutschland bietet. Eine Wiederholung des schicksalhaften Zusammenbruchs der Immobilienmärkte mit variablen Zinssätzen wie in Irland oder Spanien müsse auf europäischer Ebene verhindert werden, forderte Thein.

„Die in Deutschland am weitesten verbreitete Variante des Festzinskredits, der maßgeblich zur Stabilität des deutschen Wohnimmobilienmarktes beiträgt, darf durch

die EU nicht angetastet werden“, mahnte die FDP-Politikerin. „Der Verbraucher profitiert schließlich davon, dass sich Zinsänderungen nicht auf laufende Verträge auswirken, so dass auch im Falle steigender Zinsen die Kreditbelastungen unverändert und kalkulierbar bleiben und damit der Gefahr einer Überschuldung entgegengewirkt wird.“ Nach Theins Einlassungen soll es bei der seit Jahrzehnten bewährten deutschen Finanzierungspraxis bleiben, bei der sich die Darlehenskunden weit überwiegend für langjährige Zinsbindungen entscheiden. Zunächst solle an die Errichtung eines Binnenmarktes für Gewerbeimmobilienkredite gedacht werden, schlug Thein vor. Die grenzüberschreitende Nachfrage nach Wohnungskrediten ist wegen der bestehenden Sprachbarrieren und unterschiedlicher Rechtsordnungen insbesondere beim Sachen-, Insolvenz- wie auch dem Steuerrecht bislang ohnehin gering.

Alexandra Thein forderte ausdrücklich, dass mit der Richtlinie der Verbraucherschutz verbessert werden könnte, unter anderem durch wachsende Anforderungen an Transparenz, die Qualifikation der beratenden Bankmitarbeiter und die Aufklärung der Verbraucher. Gleichzeitig soll die Informationspflicht für Kreditgeber erhöht werden. So solle ein neu eingeführtes standardisiertes EU-Informationsblatt („ESIS“) einen direkten Vergleich zwischen mehreren Angeboten ermöglichen.

EU!



Interessante Einblicke und Aussichten



Am 25.09.2013 hatten wir unsere Europaabgeordnete Alexandra Thein zu Gast.

Sie gewährte interessante Einblicke von dem Geschehen vor Ort. Was besonders überraschte, war die Aussage, daß viele von den Parteien entsandte Abgeordnete nicht die Kompetenzen besitzen, wie Alexandra Thein. Ehemalige Widerstandskämpfer war ein Wort, das sich mir besonders dazu einprägte. Weitere Themen, die anstehen, bzw. schon im Abstimmungsprozeß stehen, waren die Anpassung des Erb- und Familienrechtes, gemischte EU-Bürger

in den jeweiligen Botschaften der EU-Länder. Besonders zu erwähnen wären auch die Erweiterung auf grenzüberschreitende Kontopfändungen. Auch die Einrichtung eines europäischen Handelsregisters und die elektronische Erstellung und der Versand von Rechnungen, die dann auch sechs bis zehn Jahre im Computer gespeichert werden können sind Thema. Der Abend war absolut bereichernd, und wir freuen uns, daß sich Frau Thein für uns so lange Zeit genommen hat. (cb) www.fdp-wedding.de

Forderung an künftige EU-Abgeordnete nach Datenschutzregelung

Am Samstag wählen wir in Berlin die Kandidatinnen für die Europawahl. Höchste Zeit, Forderungen an die künftigen Abgeordneten zu stellen. Ich erwarte ein klares Bekenntnis zu Europa. Sie müssen sich eindeutig positionieren und sich leidenschaftlich für uns Bürger in Europa mit klarer liberaler Handschrift einsetzen.

Der NSA-Skandal hat den Datenschutz der Europäischen Mitbürger hart auf die Probe gestellt. Anlass, Datenschutz und Datensicherheit in den Fokus zu stellen: Online-Dienste, die im Gebiet der EU tätig sind, müssen den Datenschutz der EU einhalten. Verstöße müssen mit einer Geldbuße von 50 bis 250 Millionen Euro belegt werden. Der Geschäftsführung soll bei Verstößen eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren drohen. Zugleich brauchen wir ein völkerrechtliches Abkommen, in dem sich befreundete Staaten verpflichten, den nationalen Datenschutz und den Europäischen Datenschutz einzuhalten. Außerdem sollte die künftige FDP-Fraktion m. E. initiativ einen Untersuchungsausschuss beantragen, in dem Edward Snowden als Zeuge gehört wird.

Die Europäische Wirtschaftsunion ist mit dem EG-Vertrag vom 7. Februar 1992 und 2. Oktober 1997 umgesetzt

worden. Seit Gründung des Parlaments 1952 wurden die Kompetenzen bei der EU-Rechtsetzung erweitert, vor allem durch den Vertrag von Maastricht 1992 und zuletzt durch den Vertrag von Lissabon 2007. Nun gilt es, die politische Europäische Union umzusetzen. Daher muss die künftige FDP-Fraktion dafür kämpfen, dass die Machtbefugnisse des EU-Parlaments gegenüber der EU-Kommission in allen Bereichen gestärkt werden, zuerst bei den Menschenrechten, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, im Bereich Justiz und Inneres, Schengener Abkommen, im Bereich der Europäischen Arbeits- und Sozialpolitik und beim Europäischen Datenschutz einschließlich Internetnutzung. Außerdem sind Programme nötig, die die Begegnung von Bürgern revitalisieren, z. B. im Rahmen von Schüleraustausch, Studentenaustausch nebst Stipendien sowie bestehender und künftiger Städtepartnerschaften. Schließlich soll sich die künftige FDP-Fraktion für ein Konzept der Mitgliedsstaaten engagieren, nach dem die nationalen Streitkräfte im Rahmen der Arbeitsteilung und ihrer Fähigkeiten in eine gesamteuropäische Armee überführt werden.

(Dr. Joachim Sproß) www.fdp-gendarmenmarkt.de



Die Gestaltung liberaler Parteiarbeit in außerparlamentarischen Zeiten war, wie bei vielen Gliederungen, auch im OV-Hackescher Markt Thema. Hiezu sagt der OV-Vorsitzende, Nils Augustin: „Wenn das 'einfache, niedrige und gerechte' Ergebnis der FDP bei der Bundestagswahl 2013 nicht das Ende des organisierten Liberalismus in Deutschland sein soll sondern ein außerparlamentarisches Sabbatical, aus welchem die FDP in vier Jahren mit klarer liberaler Bot-

schaft und klarer liberaler Agenda wirkungsmächtig in die parlamentarische Politik zurückkehrt, dann müssen die liberal Gesinnten dafür etwas tun. Eine besondere Herausforderung stellt die Kommunikation freiheitlichen Geistes und freiheitlicher Politik dar, welche mit der Bundestagsfraktion wesentliche Präsenz verliert. Diese müssen wir durch viele neue Wege, Kanäle und Plattformen ersetzen; Anregung kann dabei nicht zuletzt auch die umfassende

Freigeister bloggen

ehrenamtliche Kommunikationsarbeit der Grünen in den Jahren 1990 bis 1994 geben. Dieser Herausforderung mit den neuen technischen Möglichkeiten zu begegnen war der Gedanke unseres Ortsverbandes Hackescher Markt, als wir als unseren Beitrag zur künftigen ehrenamtlichen Kommunikation der Liberalen unter www.freigeisterblog.de den 'Freigeisterblog' als einen Blog mit multiplen Autoren ins Leben gerufen haben. Wir freuen uns, mit diesem Projekt einen von hoffentlich vielen Beiträgen zu leisten, um in den kommenden Jahren liberalen Geist und liberale Politikkonzepte in den öffentlichen Diskurs einzubringen.“ (ab) www.fdp-hm.de

Energetischer Besuch

Henner Schmidt, Mitglied des Landesvorstands und liberaler Energieexperte war am 27. Oktober Gast beim traditionellen Brunch der FDP Tiergarten. Es ging um das Thema „Privat oder Staat – der Volksentscheid am 3. November 2013 über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung“ und den Gesetzentwurf der Initiative „Berliner Energietisch“. Die Initiative versucht es populistisch und plakatiert „Vattenfall den Stecker ziehen“. Die Resonanz auf das Volksbegehren war groß, das Interesse am Volksentscheid ist es ebenfalls. Dabei ist wohl die Motivation der Wähler von unrealistischen Vorstellungen geprägt: Die Energiewirtschaft ist den strikten Vorgaben der Energieregulierungsbehörde unterworfen. Das Betreiben des Netzes muss nicht automatisch Gewinn bedeuten, sondern kann auch zu Verlusten führen: Es gibt also ein wirtschaftliches Risiko. Ein Vergabeverfahren ist in jedem Fall vorgesehen und läuft bereits; beworben haben sich unter anderem Vattenfall und das Land Berlin. Das Beispiel Hamburg hat gezeigt, dass die Gründung eines Stadtwerkes kein Selbstläufer ist: Der Kunde hat nach wie vor die Wahlfreiheit; die Entscheidung für den Anbieterwechsel ist also freiwillig und unterliegt den Marktgesetzen. Darüber hinaus ist der Kauf nur über Kreditfinanzierung möglich. Der Preis für das Berliner Netz wird zwischen 400 Millionen

und drei Milliarden Euro geschätzt.

Energiepolitik lässt sich mit einem solchen Stadtwerk nicht betreiben. Sinnvoll wäre aus liberaler Sicht, so Henner Schmidt, ein Mittelweg: Verhandlungen beim Konzessionsverfahren, die Auflagen wie Instandhaltung und Qualität beinhalten.

Im Auge behalten sollte man auch, dass das Gas- und Fernwärmenetz demnächst ausgeschrieben werden – auch hier muss die FDP überlegen, wie vorgegangen werden soll.

Ein weiterer Diskussionspunkt waren die sogenannten intelligenten Stromnetze. Pilotprojekte zeigen, dass die Erwartungen übertrieben waren. Ein zusätzliches Problem ist der Datenschutz: das zeitnahe Messen des Stromverbrauchs macht den Verbraucher zum gläsernen Menschen, denn die Messungen sind so genau, dass sich darüber selbst nachverfolgen lässt, welche Fernsehendung im Wohnzimmer läuft.

www.fdp-tiergarten.de





Alexandra Thein

Kandidatenvorstellung

Einem meiner Anliegen, der Vernetzung von Landes- und EU-Politik, kommt entgegen, dass Kraft Amtes als MdEP jeweils die Zugehörigkeit zum Vorstand des FDP-Landesverbandes Berlin und Brandenburg gegeben ist. Darüber hinaus trage ich in Berlin Verantwortung unter anderem als Vorstandsmitglied der Europa-Union, Beisitzerin im Vorstand des FDP-Ortsverbandes Dahlem sowie als Vorstandsmitglied der Liberalen Frauen. Anfang November wählte die Mitgliederversammlung des Liberalen Mittelstandes Berlin mich zur Landesvorsitzenden, womit kraft Amtes die Zugehörigkeit zum Bundesvorstand des Liberalen Mittelstandes gegeben ist.

Der Mittelstand ist Rückgrat unserer Gesellschaft: Um seine Chancen zu nutzen und seine Risiken zu minimieren, bedarf es weiterhin einer hörbaren liberalen Stimme in Brüssel. Darüber hinaus kandidiere ich erneut für das Europa-Parlament, um weiterhin erfolgreich für ein Europa der Selbstbestimmung, Mitbestimmung und gegen Fremdbestimmung eintreten zu können. Auch in der Rechtspolitik gibt es auf europäischer Ebene noch Gestaltungsspielräume, die es mit liberalem Kompass zu nutzen gilt. Selbstverständlich ist – wie schon in der bisherigen Amtszeit – der notwendige Schutz unserer unveräußerlichen Freiheits- und Bürgerrechte weiterhin mein besonderes Anliegen.

Für eine Wiederwahl bittet erneut um Ihr Vertrauen, Ihre

Alexandra Thein

konnte im Oktober ihren 50. Geburtstag feiern und lebt mit ihrem Mann seit vielen Jahren im Berliner Südwesten. Sie ist Rechtsanwältin und Notarin in einer mittelständischen Kanzlei in Berlin-Charlottenburg, und sagt zu ihrem Wiederantritt als Berliner FDP-Kandidatin für das Europäische Parlament:

Mit dem liberalen Gedankengut habe ich mich als Stipendiatin in der Grundförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung-für-die-Freiheit (FNF) erstmals intensiv auseinandergesetzt, bin daraufhin vor 24 Jahren der FDP beigetreten und wurde 2009 ins Europäische Parlament gewählt. Neben anderen Aufgaben gehöre ich dort als rechts- und verfassungspolitische Sprecherin der FDP dem Rechtsausschuss (JURI) als Mitglied an, sowie als stellvertretendes Mitglied dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO).

Dr. Frauke Lindemann

Kandidatenvorstellung

„Ich kandidiere für das Europäische Parlament, weil Brüssel eine starke liberale Stimme braucht, gerade jetzt, da es sie im Berliner Parlament nicht mehr gibt. Es geht mir nicht nur darum, die bürgerlichen Rechte zu verteidigen, die im Hinblick auf Abhörskandal und Freihandelsabkommen in Gefahr sind. Es geht mir auch um Kultur in ihrer ganzen Bandbreite, also auch um die politische Kultur. Als Mitglied des Europäischen Parlaments möchte ich dafür einstehen, dass Europa als freiheitliche Wertegemeinschaft wahrgenommen und gelebt wird.“

Kurz-Lebenslauf

Mein Studium der Romanistik/Hispanistik und der Übersetzungswissenschaft (Spanisch, Französisch) mit dem Nebenfach Europa- und Völkerrecht an den Universitäten Heidelberg, Hamburg und Madrid habe ich mit einer Promotion über den spanischen Philosophen José Ortega y Gasset abgeschlossen. Anschließend arbeitete ich drei Jahre lang als Übersetzerin und Dolmetscherin in Madrid, u.a. am Goethe-Institut, und ein halbes Jahr in New York, wo ich ein Verlagspraktikum bei Farrar, Straus & Giroux absolvierte. Mit einem Master of Business Administration (MBA) beendete ich meine Berufsausbildung.

Von 1990 bis 1998 war ich in verschiedenen deutschen Publikumsverlagen tätig, u.a. beim Carl Hanser Verlag in München und beim Rowohlt Verlag in Hamburg. Zuletzt leitete ich die Abteilung ‚Rechte und Lizenzen‘ des Aufbau Verlags in Berlin. 1999 gründete ich zusammen mit Dr. Harry Olechnowitz die literarische Agentur „The Berlin



Agency“ und bin seitdem als selbständige und unabhängige Literaturagentin tätig.

Seit 2006 bin ich Vorstandsmitglied der Liberalen Frauen Berlin, seit 2008 Vorsitzende des Landesverbandes der Liberalen Frauen Berlin. 2009 wurde ich Mitglied der FDP und nahm am Mentoring-Programm teil, das mir einen Arbeitsaufenthalt beim Europäischen Parlament ermöglichte. Seit 2010 bin ich Beisitzerin im Ortsvorstand Charlottenburg-City, der mich 2011 als Wahlkreis Kandidatin in Charlottenburg aufstellte. Seit 2011 bin ich Mitglied im BFA Kultur und im LFA Kultur, seit diesem Jahr auch Vorstandsmitglied des letzteren; seit 2012 Beisitzerin im FDP-Landesvorstand Berlin und dessen Sprecherin für Kultur und Medien.

Ich spreche Englisch, Spanisch und Französisch.

Sparen, sparen – bis die Schwarte kracht

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte am 23. Mai 2013 zeigte wieder einmal die Unfähigkeit unserer Kommunalpolitiker, chaotische Zustände zu vermeiden. Einziger Gegenstand der Sondersitzung war eine vom Bezirksamt eingebrachte Vorlage zur Beschlussfassung, Drucksachen-Nr. 0884/IV „Untersetzung der Abbauvorgabe Vollzeitäquivalente (VZÄ) für den Zeitraum 2012 bis 2016“. Die Senatsverwaltung für Finanzen und der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses schreiben dem Bezirk den Abbau von 223,4 Vollzeitäquivalenten oder rund elf Prozent der Arbeitsplätze vor. Wenn der Bezirk nicht bis zum 30. Juni 2013 dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses über die Konkretisierung seines VZÄ-Abbaukonzeptes berichte, würden erneut Einschränkungen für die Einstellung von Personal und für die Übernahme von Auszubildenden drohen. Der vorgelegte Plan sieht den Abbau von 76,8 Vollzeitäquivalenten durch Effizienzsteigerungen vor. Weitere 20,75 VZÄ sollen hauptsächlich durch Aufgabenstreichung oder Fremdvergabe von nicht gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen des Bezirksamtes entfallen. Der Abbau der restlichen 125,85 VZÄ erfolgt mehr oder weniger nach dem Rasenmäherprinzip, mit leichten Schonungen einiger Bereiche als eine Art politischer Schwerpunktsetzung.

In der Aussprache begründete Bezirksbürgermeister und Finanzstadtrat Christian Hanke (SPD) die Vorlage des Bezirksamtes als alternativlos und betonte, wie wichtig es sei, dadurch die Personalhoheit nun unbefristet zu erhalten. Der nächste Redner, Thilo Urchs (Die Linke), kritisierte das Fehlen politischer Schwerpunktsetzungen und einer Berücksichtigung der Auswirkungen des Stellenabbaus auf die Bürger, das Personal und den Haushalt. Der dritte Redner, Marc Urbatsch (Bündnis 90/Die Grünen), warf der Zählgemeinschaft von SPD und CDU Versagen vor, weil sie auf Senatsebene oder mit anderen Bezirken keinen Widerstand gegen die willkürlichen Stellenstreichungen organisiert habe („Mehr wäre möglich“). Er rief zum Boykott der Abstimmung auf und gab damit das Stichwort zu einem theatralischen Auszug der Oppositionsfraktionen (Grüne, Linke, Piraten) aus dem BVV-Saal. In einem Seiteneingang neben dem Podium erschienen Verordnete in Trauerkleidung, die



feierlich einen schwarzen Sarg mit der Aufschrift „R.I.P. Mitte. Der Senat spart die Bezirke tot!“ quer durch den Saal und durch den Haupteingang hinaustragen. Der Sarg war mit Zetteln beklebt, die negative Folgen des Stellenabbaus für die Bürger anprangerten (z.B. „mehr ungepflegte Grünanlagen“, „Sportwarte weg: Betreuungsqualität sinkt“, „weniger Säuglingsbesuche“, „monatelanges Warten auf WBS“, „Beratung im 5-Minuten-Takt“, „Wohnungsbau im Schneckentempo“, „trockene Kinderplanschen“, „Maxi & Schnute machen Spielhallenkontrollen“, „Privatisierung statt Qualitätsverbesserung“).

Was dann folgte, war ebenfalls bühnenreif. Herr Urchs (Die Linke) stellte den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit, aber ausgezählt wurde nicht, sondern auf Antrag von Herrn Reschke (CDU) wurde die Sitzung unterbrochen, „um der CDU-Fraktion Gelegenheit zu einer kurzen Fraktionssitzung zu geben“. Es gelang der CDU, zwei fehlende Verordnete herbeizuzitieren, denen jedoch ihr beeinträchtigter Gesundheitszustand anzusehen war. Damit war die BVV wieder beschlussfähig, und die SPD- und CDU-Verordneten stimmten der Vorlage des Bezirksamtes, dem Stellenabbau zu.

Fazit: Inhaltlich ein Armutzeugnis für die Kommunalpolitik in Mitte; Form und Verlauf sorgten jedoch für eine gewisse Unterhaltungsqualität.



Workshop „Strategie-Dialog der FDP Berlin-Mitte“

Die FDP ist aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir die Frage beantworten, wie sich die Freien Demokraten in Zeiten der außerparlamentarischen Opposition auf Bundes- und Landesebene neu aufstellen sollten. Als Bezirksverband der FDP in Berlin-Mitte gilt unser Augenmerk der politischen Arbeit vor Ort: Wie finden wir in Berlin-Mitte Gehör? Diese und viele weitere Fragen wollen wir gemeinsam mit allen Mitgliedern auf einem Workshop diskutieren. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen eine Strategie und konkrete Maßnahmen entwickeln und umsetzen - jenseits der traditionellen Gremien der Partei.

Sehr herzlich laden wir Sie zum Workshop „Strategie-Dialog der FDP Berlin-Mitte“ am Samstag, 30. November 2013 von 13 Uhr bis 18.30 Uhr im Thomas-Dehler-Haus ein.

Bitte melden Sie sich verbindlich unter info@fdp-mitte.de an. Wir bitten Sie in jedem Fall, unabhängig von Ihrer

Teilnahme am Workshop, bis zum 15. November 2013 die folgenden Fragen stichwortartig online unter <https://de.surveymonkey.com/s/KQ9JZJ6> zu beantworten:

1. Beschreiben Sie in max. 5 Stichwörtern die FDP Berlin-Mitte, wie Sie sie in 5 Jahren sehen wollen.
2. Was sind künftige Herausforderungen für die FDP Berlin-Mitte? Bitte nennen Sie uns hierfür bis zu 3 Stichpunkte.
3. Was muss die FDP Berlin-Mitte konkret als nächstes anpacken? Auch hier können Sie uns wieder bis zu 3 Punkte nennen.

Die Ergebnisse der Befragung fließen in die Arbeit des Workshops ein. Sie erhalten im Nachklang zu dem Workshop die Ergebnisse, die wir in einer Dokumentation festhalten möchten.

November - Dezember

2013

24.11.2013 | 11:30 Uhr

Brunch im Restaurant Walhalla, Krefelder Straße 6, 10555 Berlin
Veranstalter: Ortsverband Tiergarten

30.11.2013 | 13:00 Uhr

Workshop „Strategie-Dialog der FDP Berlin-Mitte“, Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin
Veranstalter: Bezirksverband Berlin Mitte

07 und 08.12.2013 | 11:00 Uhr

Außerordentlicher Bundesparteitag zur Neuwahl des Bundesvorstands, Station Berlin,
Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin
Veranstalter: Bundespartei



© javier brosch - Fotolia.com

Die FDP Mitte teilt sich in fünf Ortsverbände. Ihre FDP vor Ort:

OV Oranienburger Tor

<http://www.fdp-ot.de/>
Vorsitzender: Ralf Breitgoff
Chausseestr. 4, 10115 Berlin
Tel.: +49 (0)30 - 547 346 08
mobil: +49 (0)179 - 118 49 74
Email: r.breitgoff@ndh.net

OV Tiergarten

www.fdp-tiergarten.de
Vorsitzender: Philipp Ehmann
philipp.ehmann@fdp-tiergarten.de
Mobil +49 (0)175-2089237

OV Wedding

www.fdp-wedding.de
Vorsitzender: Volker Imhoff
imhoff@fdp-wedding.de
Mobil +49 (0)163-3090561

OV Hackescher Markt

<http://www.fdp-wilhelmstadt.de>
Vorsitzender: Nils Augustin
augustin@fdp-hm.de
Telefon +49 (0)30 28042588

OV Gendarmenmarkt

<http://www.fdp-gendarmenmarkt.de/>
Vorsitzende: Bärbel Freudenberg-Pilster
Mohrenstr. 1, 10117 Berlin
info@fdp-gendarmenmarkt.de
Tel (dienst.): +49-(0)30-2065 3953
Tel (privat): +49-(0)30-2065 4627
Tel (mobil): +49-(0)171-6928 324